



Freundeskreis der Mühlheimer Flüchtlinge

AKTUELLE NACHRICHTEN

3. QUARTAL 2017

Wir bauen Brücken

Ein Blick nach vorne

Präsentation des Kunstprojekt MAIN HAFEN, 30.06.2017, um 9.30 Uhr

Mühlheimerinnen und Mühlheimer aus verschiedenen Kulturen und Nationalitäten haben sich im vergangenen Jahr an einem Kunstprojekt für ihre Stadt beteiligt. Es entstanden Skulpturen, die den öffentlichen Raum bereichern werden. Das Thema ist der Poller, ein Symbol, ein Sinnbild für einen sicheren Hafen, in dem an- und abgelegt wird. Der Bildhauer Michael Tresser hat mit Mitstreiter/innen aus Syrien, Pakistan, Afghanistan, aus dem Iran und aus Mühlheim die Idee zu den Pollern entwickelt, Entwürfe gemacht und vier Skulpturen gebaut, die jetzt im Bürgerpark und an der Rodau aufgestellt worden sind.

Zur Präsentation des Projektes lädt der Freundeskreis der Mühlheimer Flüchtlinge herzlich ein. Sie findet statt am Freitag, den **30.06.2017, um 9.30 Uhr**. Treffpunkt für einen kleinen Rundgang ist die Kita Bürgerpark, Rodaustraße 14, Mühlheim.



Sommerfeste in den Unterkünften Borsigstraße und Lessingstraße am 18.08. & 08.09.2017, Beginn um 15 Uhr

Die Zeit der Sommerfeste hat begonnen. In Unterkünften werden auch in diesem Jahr wieder Begegnungen zwischen Geflüchteten und Unterstützer_innen organisiert. Der Freundeskreis hofft, auf diese Weise nicht nur Ängsten und Vorurteilen entgegenwirken zu können, sondern auch denjenigen, die bislang nicht so viel Kontakt zu Flüchtlingen hatten, möglicherweise einen Einstieg zu geben, sich in Zukunft stärker zu engagieren. Das Sommerfest in der Borsigstr. 16 findet am **18.08.2017, ab 15 Uhr**, das Sommerfest in der Lessingstr. 78 am **08.09.2017, ab 15 Uhr**, statt.

Ein Blick zurück

Eine offene Wunde - Informationsabend zur Lage in Afghanistan

Seit Jahrzehnten ist das Land Afghanistan in einer Spirale aus kriegesischen Auseinandersetzungen und alltäglicher Gewalt gefangen. Die Last trägt die Zivilbevölkerung. Unzählige Menschen sind gestorben, verwundet und traumatisiert. Und auf der Flucht.



© Fotolia Marco 2811

Im Zusammenhang mit den Asylverfahren der afghanischen Geflüchteten gibt es höchst widersprüchliche Aussagen über die derzeitige Lage im Land. Der Freundeskreis der Mühlheimer Flüchtlinge hat in Zusammenarbeit mit dem

Ausländerbeirat der Stadt Mühlheim am Main Dr. Thomas Seibert von *medico international* zu einem Informationsvortrag nach Mühlheim eingeladen.

Der Referent war noch vor wenigen Wochen in Afghanistan. Seit fast 50 Jahren leistet *medico international* Hilfe für Menschen in Not und arbeitet an der Beseitigung der strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung.

Ein Bericht zu dem Informationsabend wird in der Offenbach-Post erscheinen.

Weitere Veranstaltungshinweise

Gemeindefest der ev. Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde – 18.06., 11 Uhr

Die evangelische Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde in Mühlheim lädt den Freundeskreis der Mühlheimer Flüchtlinge zum Gemeindefest mit Festgottesdienst ein. Der Festgottesdienst und Kindergottesdienst beginnen um **11 Uhr**. Im Anschluss können die Besucher_innen bei Musik- und Kinderprogramm beisammen sein.

Ort: Evangelische Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde Mühlheim, Anton-Dey-Straße 99

Kino zu Grenzen und Migration im "Hafen 2" in Offenbach

Filme auf Arabisch, Farsi, Kurdisch und anderen Sprachen mit deutschen oder englischen Untertiteln - fast jeden Donnerstag gibt es im Hafen 2 Kino-Abende über Herkunftsländer der Geflüchteten, über Migration, über Flucht-Ursachen und - Perspektiven.

Bei gutem Wetter werden die Filme auf der Projektionsfläche auf der oberen Wiese (Beginn bei ausreichender Dunkelheit, im Juni zwischen 21.30 und 21.45 Uhr.) gezeigt. Bei schlechtem Wetter in der Halle, dann ist der Filmbeginn pünktlich um 21.30 Uhr. Eintritt jeweils 8 Euro.

Ort: Hafen 2, Nordring 129 in Offenbach

Seminar: Werte – Haltung – Identität

Unterschiedlichen Verhaltensweisen liegen unterschiedliche Werte zugrunde. Oder doch nicht? Obwohl zwei Menschen den gleichen Wert vertreten, kann dieser Wert jedoch komplett unterschiedlich ausgedrückt werden.

Werte bilden die Grundlage von Einstellungen und Haltungen und prägen maßgeblich die Persönlichkeit und Identität eines jeden Menschen mit. Sie haben einen wesentlichen Anteil daran, wie Menschen denken und verhalten ganz unbewusst zu bestimmten Handlungen. Im Kontakt mit anderen Menschen können diese Handlungen jedoch verletzend sein, wenn die eigenen Werte oder die des Gegenübers verletzt werden.

Für ein gemeinsames Miteinander mit Haupt- und Ehrenamtlichen, begleiteten Menschen und Kollegen ist es wichtig zu wissen, von welchen Werten man selbst geleitet wird. Wie kann man vermitteln, was man selbst unter Wertschätzung,

Loyalität oder guter Kommunikation versteht? Wie kann ein Perspektivwechsel erfolgen, um das Wertesystem des Gegenübers zu verstehen? Wie kann es gelingen, ein gemeinsames Miteinander zu finden und dabei Differenzen in Respekt bestehen zu lassen?

Teilnahme kostenfrei.

10. 11. 2017 14:00 – 17:30 Uhr

Ort: Freiwilliges Engagement, 3. OG, Kaiser-Friedrich-Ring 88, 65185 Wiesbaden

Um eine verbindliche Anmeldung bis zum 03.11.2017 bei EVIM wird gebeten.
EVIM, Tel. 0611-172170-10 E-Mail: carmen.santos@evim.de

Aktuelle Informationen ...

Zur rechtlichen Lage der afghanischen Geflüchteten

Der Umgang mit afghanischen Flüchtlingen ist aktuell geprägt von Verunsicherung und Entmutigung. Durch erhöhten Ausreisedruck, aber auch die demonstrative mediale Begleitung von freiwilligen Ausreisen, soll öffentlich dargestellt werden, dass eine Rückkehr nach Afghanistan möglich ist – wenn nicht im Wege der freiwilligen Ausreise, dann möglicherweise durch mehr Ablehnungen im Asylverfahren und drohenden Abschiebungen.

Die verhängte Abschiebesperre nach den furchterlichen Anschlägen in Kabul hat nur zu einer Atempause geführt. Flüchtlinge und ihre Unterstützer_innen sollten weiterhin unbeirrt für das Recht auf Asyl streiten und auch öffentlich für faire und korrekte Behandlung der Flüchtlinge aus Afghanistan eintreten.

Von großer Bedeutung ist, dass afghanische Asylantragsteller ihre Herkunft und Geschichte wahrheitsgemäß, ausführlich und differenziert bei ihrer Anhörung im Bundesamt vortragen – von den individuellen Fluchtgründen über den Aufenthaltsort von Familienangehörigen und die Familienstruktur bis hin zu konkreten Gefährdungen und Überlebenschancen im Falle einer Rückkehr/Abschiebung.

Gegen einen ablehnenden Bescheid im Asylverfahren kann und sollte in den meisten Fällen "Klage" innerhalb von 2 Wochen (gerechnet ab Zustellungsdatum des Bescheids, Briefumschlag aufheben!) eingereicht werden. Damit wird der Bescheid des BAMF nicht rechtskräftig, d.h. das Asylverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Während der Zeit des Klageverfahrens gegen eine vollständige Ablehnung des Asylantrags bleibt der Status "Asylsuchende/r" bestehen und der/ die Asylantragstellende im Besitz einer "Aufenthaltsgestattung". In welcher Zeit und wo eine Klage eingereicht werden kann, steht in der „Rechtsbehelfsbelehrung“ im Bescheid.

Wichtig! Bei "offensichtlich unbegründet" abgelehnten Bescheiden bestehen nur eine einwöchige Klagefrist und die Notwendigkeit eines zusätzlichen "Eilantrags" (Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung), um sicherzustellen, dass der/die

Betroffene auch für die Dauer des Klageverfahrens in der Bundesrepublik bleiben kann. Der Antrag ist zusätzlich zur Klage erforderlich.

Werden gänzlich negative oder teilweise negative Bescheide des BAMF nicht beklagt, werden sie bestandskräftig. Das hat zur Folge, dass der Bescheid nicht mehr anfechtbar ist. Dies selbst dann, wenn er rechtswidrig sein sollte.

Da die asylrechtliche Materie sehr komplex ist, möchten wir an dieser Stelle hinweisen, dass die Vorsprache und (juristische) Beratung der Geflüchteten über die entsprechenden Fachstellen von höchster Wichtigkeit und Bedeutung ist, um Verfahrensfehler auszuschließen. Informationen, die Sie als Freiwillige über den Freundeskreis oder andere Quellen erhalten, dienen Ihrer Orientierung, sind aber für eine Rechtsberatung natürlich nicht ausreichend.



© Fotolia-nmann77

Aus der Praxis der Freiwilligen im Freundeskreis sind uns folgende Hinweise wichtig: “Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Rechtsanwälte zur Zeit total überlastet sind und keine neuen Klienten mehr annehmen können bzw. keine Termine innerhalb der 2-wöchigen Klagefrist frei haben. Es ist für die Geflüchteten möglich, beim Verwaltungsgericht in Frankfurt selbst Klage einzureichen. Wir haben das in einigen Fällen praktiziert, um die Frist einzuhalten, und die Geflüchteten dorthin begleitet. Das Prozedere ist sehr einfach: die Geflüchteten müssen persönlich erscheinen und ihren Ausweis vorlegen; die Klageschrift wird von den Gerichtsbeamten ausgefüllt. Danach muss allerdings innerhalb von 30 Tagen eine Klagebegründung (vom Anwalt) nachgereicht werden. Die Anwaltskosten für eine Klage im Asylverfahren liegen je nach Personenzahl in der Familie ca. zwischen 1000 € und 3000 €, wobei üblicherweise eine Anzahlung und dann der Rest in monatlichen Raten zu zahlen ist. Ob ein Antrag auf Prozesskostenbeihilfe sinnvoll ist, muss im Einzelfall der Anwalt beurteilen.

Bisher waren die Gerichte sehr großzügig mit der 30-Tage-Frist, so dass die Anwälte genügend Zeit für die Aufbereitung der Akten und Schilderungen der Betroffenen hatten. Mittlerweile kommt jedoch schon nach einigen Tagen eine Mitteilung des Verwaltungsgerichtes, dass die Begründung zwingend innerhalb der 30 Tage eingereicht werden muss. Das grenzt den Zeitrahmen enorm ein. Der Anwalt muss sich ein genaues Bild über die Fluchtgründe und Geschehnisse der einzelnen Geflüchteten in Afghanistan machen. Bei den Interviews durch das BAMF wurden offensichtlich viele Sachverhalte nicht im Detail aufgenommen bzw. kam es zu Missverständnissen,

da die vorhandenen Dolmetscher auf Grund der spezifischen Dialekte nicht wortgetreu übersetzt haben.

Der Freundeskreis hat zur Unterstützung der betroffenen Geflüchteten Kontakt mit der Anwaltskanzlei Heinel & Kindermann in Hanau aufgenommen. Rechtsanwalt Heinel verfügt über große Erfahrung im Asylrecht und ist bereit, bei neuen Fällen zu vertreten. Für die Geflüchteten ist die derzeitige Situation sehr schwierig. Sie haben große Angst vor einer Abschiebung und verstehen auch nicht, warum einige ihrer Landsleute eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, sie selbst jedoch trotz ähnlicher Schilderungen bei der Anhörung, eine Ablehnung bekommen. Auch für uns Ehrenamtliche sind die Begründungen in den Bescheiden oft nicht nachvollziehbar.

Die afghanischen Geflüchteten / Familien brauchen in der jetzigen Situation unsere Unterstützung. Wir ermutigen sie, nicht in Lethargie und Mutlosigkeit zu verfallen, sondern weiter die Deutschkurse und Praktika zu besuchen und sich aktiv um Integration zu bemühen“, so unsere Freiwilligen in der Borsigstraße.

Und wir hoffen auf das Einlenken der Bundespolitik. Der Informationsabend, den der Freundeskreis und der Ausländerbeirat der Stadt Mühlheim organisiert haben, machte deutlich, dass Abschiebungen nach Afghanistan mehr als problematisch sind. Im durch Familien-, Stammes- und Clanstrukturen dominierten Vielvölkerstaat kann nicht jeder überall hinreisen, geschweige denn in jedem Ort des Landes leben. Ethnische Minderheiten ohne Unterstützung durch soziale Netzwerke sind nicht nur sozial und wirtschaftlich isoliert, sondern unter Umständen auch an Leib und Leben bedroht.

Ausbildungsduldung für Flüchtlinge bleibt problematisch

Trotz der im Rahmen des Integrationsgesetzes neu eingeführten Regelung, wonach Flüchtlinge mit Duldungsstatus aus einer Ausbildung sowie zwei Jahre danach grundsätzlich nicht mehr abgeschoben werden dürfen (sog. 3+2-Regelung), kommt es immer einmal wieder zu drohenden Abschiebungen aus Ausbildungsprojekten, z.B. bei sehr frühzeitigem Abschluss eines Ausbildungsvertrages oder in vorgeschalteten Einstiegsqualifizierungen (EQ). Außerdem gibt es Berichte über eine uneinheitliche Verwaltungspraxis der Ausländerbehörden.

Auf Intervention der Spitzenverbände der Wirtschaft hat das Bundesinnenministerium nunmehr Anwendungshinweise in Bezug auf die Ausbildungsduldung nach § 60a Abs. 2 S. 4 Aufenthaltsgesetz veröffentlicht. Damit wird zwar in einigen Fällen abgeholfen und die Intention des Integrationsgesetzes, Flüchtlinge in Ausbildung nicht mehr abzuschieben, stärker betont. So wird z.B. das Ermessen der Ausländerbehörden reduziert und klargestellt, dass einige rein formale Fehler unschädlich sind.

Leider bleiben die Regelungen weiter sehr komplex, für Ausbildungsbetriebe, Träger und erst recht natürlich die Flüchtlinge kaum durchschaubar. Dadurch wird die Motivation, sich bei nicht vollständig geklärtem Aufenthaltsstatus für die Ausbildung von Flüchtlingen zu engagieren, infrage gestellt.

Problematisch ist insbesondere, dass Qualifizierungsmaßnahmen, die die Flüchtlinge an eine Berufsausbildung heranführen bzw. die erforderliche Ausbildungsreife herstellen sollen (dazu gehören insbesondere sog. EQ), nicht als geschützte Berufsausbildungen gelten. Da jedoch Praktika und EQ de facto vorgeschaltet werden müssen, um Zeit für den notwendigen Spracherwerb und die Vorbereitung der Flüchtlinge auf eine erfolgreiche Ausbildung zu gewinnen, behindert diese Einschränkung u.E. sinnvolle Ausbildungsprojekte. Auch in den in der Praxis häufigen Fällen, in denen der Ausbildungsvertrag bereits mit längerem Vorlauf vor dem tatsächlichen Ausbildungsbeginn geschlossen wird, greift die 3+2-Regelung nach der Rechtsauffassung des Innenministeriums nicht.

Im Herbst wird der Freundeskreis eine Veranstaltung zur Berufsbildung und –findung organisieren, um Flüchtlinge und Freiwillige über die Ausbildungsduldung für Flüchtlinge zu informieren.

Das Berufsbildungs- und Arbeitsmarktsystem in Syrien

Das IQ Netzwerk in Hessen hat ein Informationspapier zum syrischen Bildungs- und Arbeitssystem veröffentlicht. Es soll u.a. Ehrenamtliche unterstützen, die syrischen Geflüchteten dabei helfen, im deutschen Berufsbildungssystem und Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Es erklärt das syrische Bildungssystem und den Arbeitsmarkt und hilft so, Missverständnissen in Gesprächen über Berufsfindung und Ausbildung vorzubeugen.

Das Informationsblatt können Sie hier runterladen: https://www.hessen.netzwerk-iq.de/fileadmin/user_upload/iqn/Infomaterial/170524_Informationenblatt_Syrien_final.pdf

Kreis Offenbach startet „PRO Prävention“ gegen religiösen Extremismus

Im Kreis Offenbach startet das Projekt „PRO Prävention – Projekt gegen (religiösen) Extremismus“. Ziel ist die Vorbeugung der Verbreitung von extremistischem Gedankengut. Dies erfolgt beispielsweise über Aufklärungsveranstaltungen mit hauptamtlich beziehungsweise ehrenamtlich engagierten Menschen unter anderem aus den Bereichen Schule, Jugend- und Sozialarbeit, Gemeindeleben und Flüchtlingsarbeit zu den Themen Islam, Muslimfeindlichkeit, Salafismus und Dschihadismus. Auch Migrantenselbstorganisationen sollen einbezogen werden.

Einen Übersichtsflyer können Sie hier runterladen: https://www.kreis-offenbach.de/PDF/Vorstellung_PRO_Pr%C3%A4vention_Flyer.PDF?ObjSvrID=1856&ObjID=4583&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=

Filme von Flüchtlingen für Flüchtlinge

"Gleichberechtigung", "Recht auf freie Entfaltung", "Unternehmungen" und "Sicherheit" sind die Themen der Willkommensfilme, die das Medienprojektzentrum Offener Kanal Kassel in Kooperation mit der nordhessischen Gemeinde Lohfelden

produziert hat. Die Besonderheit der Filme: Sie thematisieren nicht nur wichtige Aspekte des Zusammenlebens in Deutschland humorvoll, sondern vermitteln die Inhalte auf Augenhöhe. Hauptdarsteller sind die Eritreerin Muna und Mahdi aus dem Iran, die in jedem Film auch darauf hinweisen, dass das Erlernen der deutschen Sprache sehr wichtig ist.

Das Projekt geht auf eine Idee von Karl-Christian Schelzke zurück. Gedreht wurde u. a. bei der Freiwilligen Feuerwehr, um das Absetzen eines Notrufes zu vermitteln und für die Mitarbeit bei der Feuerwehr zu werben. Die Szene aus einer Kasseler Polizeidienststelle verdeutlicht, dass die Polizei jederzeit um Hilfe gebeten werden kann. Die Gleichstellung von Männern und Frauen und das Recht auf freie Entfaltung werden ebenso an konkreten Beispielen erklärt. Auch das Thema Freizeit hat einen eigenen Film bekommen und zeigt vielfältige Möglichkeiten, was man in Deutschland so alles machen kann.

Die Verwendungsmöglichkeiten der Filme sind vielfältig und ihre 'Botschaften' leicht verständlich. So werden die Filme auch in von Flüchtlingen synchronisierten Fassungen in den Sprachen Arabisch, Englisch, Farsi, Tigrinya und Urdu zur Verfügung gestellt.

Unter www.lpr-hessen.de/willkommen-in-deutschland können die Filme heruntergeladen werden. Eine Verbreitung der Filme zu nichtkommerziellen Zwecken ist nicht nur erlaubt, sondern erwünscht.



©Dr. Peter Mayer

Noch eine Erinnerung vor der Sommerpause!

Das nächste Vernetzungstreffen findet am **Dienstag, den 20.06.2017, um 19:30 Uhr** im kleinen Sitzungssaal im Rathaus statt. Das letzte Vernetzungstreffen und die zahlreichen Rückmeldungen zu dem Abend zeigen, dass die Treffen ein guter und wichtiger Anstoß sind, auch weiterhin in den Austausch über die Tätigkeits- und Engagementfelder zwischen Haupt- und Ehrenamt zu treten. Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Kommen!